

**Sitzung des Integrationsrates**  
**28.04.2009**  
**TOP 5.1**

An den Integrationsrat  
Stadt Köln  
Interkulturelles Referat

### **Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

### **Antrag auf Verabschiedung einer Resolution bzgl. des geplanten europaweiten Treffens von ‚pro Köln‘ in Köln**

#### Resolutionsentwurf:

Nach einem ersten Versuch von ‚pro Köln‘ am 20.09.2008 in Köln einen „Antiislamisierungskongress“ abzuhalten, ist jetzt beabsichtigt gemeinsam mit ‚pro NRW‘ als einen so genannten „Wahlkampfhöhepunkt“ zur Europawahl 2009 erneut einen „Antiislamisierungskongress in Köln zu veranstalten.

Geplant ist eine internationale Pressekonferenz am Freitag dem 08.05.2009, sowie eine Hauptkundgebung mit anschließendem Protestzug am Samstag, 09.05.2009.

Das Innenministerium NRW führt ‚pro Köln‘ seit 2004 unter dem „Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ im NRW-Verfassungsschutzbericht auf. Das VG Düsseldorf – bestätigt durch das OVG Münster – hat 2005 festgestellt, dass sich insbesondere aus Äußerungen in den ‚pro Köln‘ - Infoblättern sowie aus Artikeln, die sich im Archiv der Homepage von ‚pro Köln‘ befinden, Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen ergeben, die die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot verletzen. Ausländer bzw. Migranten würden mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt.

Der Kölner Integrationsrat setzt sich ausdrücklich für das gleichberechtigte Miteinander und gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Angriffen auf die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ein. Keine Ideologie, keine Religion rechtfertigt oder legitimiert Extremismus, Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen und ist auf das Schärfste zu verurteilen und zu bekämpfen.

Der Integrationsrat bewertet den erneuten Versuch der Durchführung eines von ‚pro Köln‘ organisierten Anti-Islamisierungskongresses, als Angriff auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die auch das Recht auf freie Religionsausübung schützt.

Mit großer Sorge nimmt der Integrationsrat der Stadt Köln diese Veranstaltung zur Kenntnis und ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich im Rahmen der jeweils eigenen Möglichkeiten gegen die von ‚pro Köln‘ verbreiteten demokratie-, ausländer-, und menschenfeindlichen Aussagen zu stellen.

Alle Menschen, alle Kölner und Kölnerinnen, egal welcher Konfession, Hautfarbe oder Nationalität, sind aufgerufen, gegen diesen „Antiislamisierungskongress“ und die damit verbundenen fremdenfeindlichen Aussagen Flagge zu zeigen. Sie sind aufgerufen, die vielen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen, die sich dagegen formieren, zu unterstützen.

Auch wenn diese Gesellschaft solche Formen von Auseinandersetzung führen und aushalten können muss, ohne Schaden zu nehmen, muss sie aber auch deutlich nach Außen zeigen, dass Demagogen, diese Veranstaltung und die dort verbreiteten Meinungen nicht repräsentativ für die Bevölkerung dieses Land sind.

In einer globalisierten Welt, die immer mehr zusammen wächst und aufeinander angewiesen ist, darf die Spaltung der Gesellschaft nicht zugelassen werden.

Köln ist und bleibt eine weltoffene Stadt, die sich für das friedliche, gleichberechtigte Mit- und Nebeneinander einsetzt und in der Rassismus und Extremismus keinen Platz haben dürfen!

Der Rat der Stadt Köln wird gebeten die Resolution des Integrationsrates zu übernehmen.

Gezeichnet:

Tayfun Keltek

Ilhan Uzan

Fatih Turan

Antonella Giurano

Gonca Mucuk-Edis

Köln, 22.04.2009